

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

17. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege

Sitzungstermin:	Montag, 09.11.2020	
Sitzungsbeginn:	16:04 Uhr	
Sitzungsende:	18:47 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen	Vertretung für: Herrn Wolfgang Neskovic c/o Fraktionsgeschäftsstelle Die Unabhängigen	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Peter Petereit - SPD		
Jörn Puhle - SPD		
Lars Rottloff - CDU		
Heiko Steffen - AfD	zw. 18:00 Uhr u. 18:06 Uhr abwesend	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Karin Burakowski - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Bastian Langbehn; zw. 18:22 Uhr u. 18:25 Uhr abwesend	
Robin Burkard - DIE LINKE	zw. 17:30 Uhr u. 17:34 Uhr abwesend sowie zw. 18:22 Uhr u. 18:24 Uhr abwesend	
Hermann Eickhoff - FREIE WÄHLER & GAL		
Friederike Grabitz - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	zw. 17:44 Uhr u. 17:49 Uhr abwesend	
Anja Sabrina Hagge - SPD	Vertretung für: Frau Ulrike Siebrat; zw. 18:00 Uhr u. 18:04 Uhr abwesend	
Ulf Hansen - FDP		
Dr. Hermann Junghans - CDU		
Hauke Wegner - CDU		
Enrico Kreft - SPD	Vertretung für: Herrn Rolf Bauer	
Monika Schedel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	zw. 17:24 Uhr u. 17:28 Uhr abwesend	
Beiratsmitglieder		
Bruno Böhm - Seniorenbeirat	zw. 17:35 Uhr u. 17:37 Uhr abwesend; bis 18:44 Uhr anwesend	
Verwaltung		
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister		

Aiko Wagner - FBC FB 4	
Nina Jakubczyk - 4.041 Fachbereichsdienste FB 4	
Dr. Jan Lokers - 4.415 Archiv	bis 18:23 Uhr anwesend
Angela Buske - 4.416 Stadtbibliothek	
Bernd Hatscher - 4.416 Stadtbibliothek	bis 16:30 Uhr anwesend
Dr. Irmgard Hunecke - 4.491 Archäologie und Denkmalpflege	bis 18:44 Uhr anwesend
Dr. Schneider - 4.491 Archäologie und Denkmalpflege	bis 18:44 Uhr anwesend
Prof. Dr. Hans Wißkirchen - Kulturstiftung Hansestadt Lübeck	
Manfred Uhlig - 1.201 - Haushalt und Steuerung	bis 17:33 Uhr anwesend
Protokollführung	
Sophia Trier - Fachbereichsdienste FB 4	
Gäste	
Prof. Dr. Cornelius Borck -	bis 18:22 Uhr anwesend
Dr. Bettina Greiner -	bis 18:22 Uhr anwesend
Rafael Jancen - Forum für MigrantInnen	zw. 17:11 Uhr u. 17:14 Uhr abwesend; bis 18:44 Uhr anwesend
Thomas-Markus Leber - FDP	bis 18:44 Uhr anwesend
Sonstige Personen	
Ilhan Isözen - Haus der Kulturen Forum für MigrantInnen	bis 18:44 Uhr anwesend
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Wolfgang Neskovic - Die Unabhängigen c/o Fraktionsgeschäftsstelle Die Unabhängigen	entschuldigt
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bastian Langbehn - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Ulrike Siebdrat - SPD	keine Teilnahme
Rolf Bauer - SPD	keine Teilnahme
Johannes Schindler - CDU / Naturschutzbeirat	entschuldigt
Beiratsmitglieder	
Götz Gebert - Seniorenbeirat	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.07.2020	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.09.2020	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilung aus dem Bereich Stadtbibliothek	
3.2	Mitteilung der Kulturstiftung	
3.3	Mitteilung aus der Abteilung Denkmalpflege	
3.4	Mitteilung aus der Abteilung Archäologie	
3.5	Anfrage des AM Monika Schedel (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Bauzaun am Domkirchhof	VO/2019/07955
3.5.1	Antwort auf die Anfrage des AM Monika Schedel (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Bauzaun am Domkirchhof	VO/2019/07955-01
4	Berichte	
4.1	Bericht zum kommunalen Sonderhilfeprogramm "Struktur- erhalt Kultur"	
4.2	20 Jahre "Haus der Kulturen" in Lübeck	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Kulturentwicklungsleitlinien	VO/2020/09394
5.2	Konzept "Wege von Verfolgung und Widerstand in Lübeck" Ergänzungsantrag zu "Gedenkort Gestapozellen im Zeug- haus" VO/2019/07965 und VO/2019/07965-01	2019/07965-01-01
5.3	Annahme einer Zuwendung der Possehl-Stiftung in Höhe von 350.000 Euro für das Jahresprogramm 2021 der LÜ- BECKER MUSEEN	VO/2020/09439
5.4	Stellungnahme der Hansestadt Lübeck zur Modernisierung des Hubbrückenensembles	VO/2020/09391
6	Anträge von Ausschussmitgliedern	
6.1	Dringlichkeitsantrag AM Robin Burkard: Forderung nach	VO/2020/09307

	Hilfen der Veranstaltungswirtschaft	
6.2	Dringlichkeitsantrag AM Robin Burkard (DIE LINKE): Interkulturelle Ausstellungen und Projekte fördern	VO/2020/09457
6.3	Dringlichkeitsantrag AM Robin Burkard (DIE LINKE): Förderkonzept der Hansestadt Lübeck für die Kulturtafel und ihre Arbeit	VO/2020/09471
7	Verschiedenes	
8	Ende des öffentlichen Teils	
10	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der stellv. Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 16:04 Uhr die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der stellv. Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Fr. Burakowski (Bündnis 90 / Die Grünen) mit den Worten: „Hiermit verpflichte ich Sie gemäß § 46 Abs. 6 der Gemeindeordnung zur gewissenhaften Erfüllung Ihrer Obliegenheiten und führe Sie in Ihr Amt ein.“

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU - TOP 5.3 / VO 2020/09439

Beschlussvorlage "Annahme einer Zuwendung der Possehl-Stiftung in Höhe von 350.000 Euro für das Jahresprogramm 2021 der LÜBECKER MUSEEN"

Der Ausschuss stimmt einstimmig der Ergänzung der Tagesordnung um TOP 5.3 unter Bejahung der Dringlichkeit zu.

NEU - TOP 5.4 / VO 2020/09391

Beschlussvorlage "Stellungnahme der Hansestadt Lübeck zur Modernisierung des Hubbrückenensembles"

AM Petereit beantragt die Vertagung des TOP 5.4, da bis zur Sitzung nicht ausreichend Zeit gewesen sei, sich eingehend mit dieser Vorlage zu beschäftigen. Der stellv. Vorsitzende lässt über den Antrag der Vertagung abstimmen: Der Ausschuss stimmt der Vertagung mehrheitlich zu.

Der stellv. Vorsitzende bittet AM Burkard, die Dringlichkeit seines Antrags unter TOP 6.2 und TOP 6.3 zu erläutern. Bevor AM Burkard die Dringlichkeit unter TOP 6.2. begründet, weist er darauf hin, dass er mglw. aufgrund eines Nebenjobs bei die LÜBECKER MUSSEEN befangen sein könnte und bittet den Ausschuss, darüber zu entscheiden. Aus Sicht des stellv. Vorsitzenden liege keine Befangenheit vor. Der Ausschuss schließt sich seiner Auffassung an. AM Burkard führt aus, dass vor dem Hintergrund jüngster Ereignisse in Nizza, Paris und Wien, die das Auseinanderdriften der Kulturen begünstigen, die Förderung des interkulturellen Dialogs und der Begegnungen umso wichtiger seien, um ein gewaltfreies Zusammenleben in den Städten und Gemeinden zu ermöglichen und die wechselseitige Akzeptanz zu verstärken. Es brauche eine neue Kompetenz, die jedem/jeder befähige, mit Kulturen angemessen umzugehen. In diesem Kontext erfüllen Künste eine unverzichtbare soziale Funktion, da sie Begegnungen erleichtern und befördern. Aktuelle Ausstellungen in der Kunsthalle St. Annen (Manaf Halbouni) und im Günter Grass-Haus (Orhan Pamuk) seien Schritte in diese Richtung.

Der stellv. Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit des TOP 6.2 abstimmen:

Abstimmungsergebnis TOP 6.2	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	3
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	

	Ohne Votum	
--	------------	--

Hr. Bgm. Lindenau weist darauf hin, dass bei Vorlagen mit besonderer Dringlichkeit, ausdrücklich die Dringlichkeit besonders zu begründen sei und nicht der Inhalt des Antrags.

Zur Dringlichkeit von TOP 6.3 führt AM Burkard aus, dass Kunst, Kultur und die ästhetische Erfahrung Menschenrechte seien und jedem/r dieses Recht gewährt werden müsse. Hierfür setze sich besonders der Verein KulturTafel Lübeck e.V. ein. Die Hansestadt Lübeck solle, auch vor dem Hintergrund der herausfordernden Corona-Situation, die KulturTafel Lübeck dauerhaft finanziell und strukturell unterstützen.

AM Petereit hält zur Dringlichkeit eine Gegenrede. Ein gleichlautender Antrag von der Fraktion DIE LINKE (VO/2020/09154-11) sei bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen Ende Sept. dieses Jahres gestellt worden, der abgelehnt worden sei. Er stelle die Dringlichkeit infrage, da über demselben Gegenstand bereits abgestimmt worden sei.

Der stellv. Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit des TOP 6.3 abstimmen:

Abstimmungsergebnis TOP 6.3	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	3
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Die Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag unter TOP 6.2. und TOP 6.3: Im Wege der Dringlichkeit wurde mangels Erreichen der erforderlichen 2/3-Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 9.1 abstimmen:

Der Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 9.1 zu.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung der Tagesordnung. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift
--

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.07.2020

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.09.2020

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilung aus dem Bereich Stadtbibliothek

Hr. Hatscher, der sich als Bibliotheksdirektor verabschiedet und ins Stadtarchiv wechselt, gibt einen kurzen Abriss seiner zurückliegenden 13,5-jährigen Amtszeit als Leiter des Bereichs Stadtbibliothek der Hansestadt Lübeck und zieht Bilanz. Angesichts des digitalen Wandels habe auch die Bibliothek in den vergangenen Jahren ihren Charakter verändert und neue Wege beschritten, um das kulturelle Erbe und schriftliche Kulturgut für alle Interessierte öffentlich zugänglich zu machen. Zu 71 % werde die Bibliothek aktuell digital genutzt, aber auch konventionelle Nutzungsformen haben sich erhalten. Bibliotheken werden zunehmend zu sog. hybriden Orten, an denen sich analoge und digitale Angebote ergänzen. Parallel dazu habe sich die Bibliothek zu einem sozialen Ort entwickelt, in dem der gegenseitige Austausch vor Ort im Vordergrund stehe. Damit stellen Bibliotheken wichtige Treffpunkte der lokalen Stadtgesellschaft dar. Auch der Umzug des Bibliotheksmagazins vom Priwall in die Einsiedelstraße stehe bevor. Hr. Hatscher resümiert, dass eine gute Basis geschaffen worden sei für weitere Fortentwicklungen, bedankt sich für die Leistungen seiner Mitarbeiter:innen und verabschiedet sich.

Hr. Bgm. Lindenau teilt mit, dass er seinen Entschluss bedauere, aber menschlich nachvollziehen könne. Er hebt hervor, dass Hr. Hatscher mit der Digitalisierung in seinem Bereich zu einem Zeitpunkt begonnen habe, als es noch nicht en vogue war. Er bedankt sich weiterhin für die konstruktive und loyale Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

AV Stolzenberg betont, dass Hr. Hatscher jedoch der Stadt in anderer Funktion erhalten bleibe.

Als Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung übergibt Hr. Bgm. Lindenau einen Blumenstrauß nebst Lübecker Marzipan an Hr. Hatscher.

AM Petereit bedankt sich im Namen der Fraktion SPD mit einem Präsent.

Die Zusammenfassung der Amtszeit von Hr. Hatscher ist in Langform als Anlage dieser Sitzung beigefügt.

zu 3.2 Mitteilung der Kulturstiftung

Hr. Prof. Dr. Wißkirchen führt aus, dass sich die nochmalige, Corona bedingte Schließung der LÜBECKER MUSEEN in diesem November natürlicherweise auch auf die Besucher-, Eintritts- und Verkaufszahlen auswirke. Die LÜBECKER MUSSEEN teilen jedoch die Auffassung, dass es richtig sei, die Häuser im Sinne der Kontaktreduzierung zu schließen. Der Buddenbrookhaus-Shop am Rathausmarkt sei weiterhin geöffnet, woraus Verkaufseinnahmen generiert werden.

Die Museen planen derzeit das Programm für 2021 ohne das Wissen, ob dieses im kommenden Jahr auch planmäßig durchgeführt werden könne. Sollte es erneut zu Einschränkungen kommen, werden sie sich an die Besucher:innen wenden.

kungen des öffentlichen Lebens kommen, die sich auf den Museumsbetrieb auswirken, müsse das Programm dahingehend angepasst werden.

Trotz der temporären Schließungen und des damit verbundenen Ruhens der Bereiche Vermitteln und Ausstellen können weiterhin die Sammlungen ausgebaut, Digitalisierungsprojekte durchgeführt und Forschungsvorhaben geleistet werden. Das St. Annen-Museum habe zuletzt zwei Gemälde von Lucas Cranach d. Ä. neu erworben. Für Herbst 2021 sei eine Ausstellung zu Cranach und Hans Kemmer, dem sog. Cranach von Lübeck, geplant. Auch die Sammlung des Günter Grass-Hauses konnte durch den Ankauf zweier Manuskripte von der Günter und Ute Grass Stiftung erweitert werden. Der Erwerb eines Konvoluts aus Widmungsexemplaren für das Buddenbrookhaus wurde durch Sondermittel des Bundes ermöglicht.

Darüber hinaus haben Auswahlgespräche zur Machbarkeitsstudie Umweltbildungszentrum stattgefunden. Über die dazugehörige Vorlage werde am morgigen Tag im Hauptausschuss beraten. Sofern es hierzu keine Einwände gebe, werde an diesem Donnerstag die Vergabe erfolgen.

Weiterhin werden Forschungsarbeiten über das Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck (ZKFL) an die LÜBECKER MUSEEN gebracht. Fr. Dipika Nadkarni aus Indien werde die Sammlung des Lübecker Senators Eduard Rabe (1844–1920) aufarbeiten, die einen Indischschwerpunkt besitze. Dies sei ein gutes Beispiel interkultureller Zusammenarbeit. Ein anderes Forschungsvorhaben beschäftige sich mit der Digitalisierung der neuen Dauerausstellung im Buddenbrookhaus. Ein weiteres Forschungsprojekt zu Jacob von Melle sei am St. Annen-Museum und eine Promotion zu Arbeiten von Friedrich Overbeck am Museum Behnhaus angesiedelt.

Im Holstentor wurde ein nicht reparabler Heizungsausfall festgestellt. Aktuell werde versucht, eine Lösung hierfür zu finden.

AV Stolzenberg merkt hinsichtlich der Auftragsvergabe Machbarkeitsstudie Umweltbildungszentrum an, dass solche Themen auch Gegenstand der Beratung im Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege sein sollten, gerne auch über den Weg der Vorlage.

zu 3.3 Mitteilung aus der Abteilung Denkmalpflege

Fr. Dr. Hunecke stellt den aktuellen Stand der Abt. Denkmalpflege vor. Dieser ist als Anlage dieser Sitzung beigefügt.

AM Schedel fragt hinsichtlich der vakant gewordenen Stelle Denkmalpfleger:in, ob diese neu besetzt werde und welches Aufgabengebiet diese umfasse.

Fr. Dr. Hunecke antwortet, dass die Stelle Denkmalpfleger:in, die die Erfassung und Inventarisierung von Kulturdenkmälern beinhalte, ausgeschrieben worden sei und morgen Vorstellungsgespräche hierzu geplant seien.

AV Stolzenberg fragt zur Raumsituation der Abt. Denkmalpflege, ob es konkrete Überlegungen für einen neuen Standort gebe.

Fr. Dr. Hunecke antwortet, dass sich das Verfahren in Arbeit befinde.

AV Stolzenberg fragt, wann der Arbeitskreis Archäologie und Denkmalpflege wieder zu einem Treffen zusammenkomme.

Hr. Dr. Schneider antwortet, dass nach aktuellem Stand am 15. Dezember 2020 ein neuer Termin anberaumt sei.

zu 3.4 Mitteilung aus der Abteilung Archäologie

Hr. Dr. Schneider teilt mit, dass der gesamte Bestand des archäologischen Wanderwegs im Waldhusener Forst, inkl. Texttafeln und Texte, erneuert worden ist und nun eine Art Museum „to go“ entstanden sei. Den Stein ins Rollen habe eine Anmerkung von AM Dr. Junghans gebracht, der darauf hingewiesen habe, dass dieser Wanderweg arg in die Jahre gekommen sei. Hr. Dr. Schneider dankt in diesem Zusammenhang auch dem großen Einsatz der Jugendbauhütte Lübeck.

zu 3.5 Anfrage des AM Monika Schedel (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Bauzaun am Domkirchhof Vorlage: VO/2019/07955

Beschluss:

Seit mehreren Jahren grenzt eine hässliche rotbraune Blechwand das Grundstück des Marienkrankenhauses von der Grünfläche nördlich des Doms ab. Es handelt sich um die Straße Domkirchhof auf dem Abschnitt zwischen Parade und Fegefeuer. Diese Situation neben dem Dom ist schwer erträglich. Zumal dort seit einiger Zeit Schmierereien hinterlassen werden. Dies bezüglich bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

- 1 Welche Schritte sind nötig, um diese Flächen regulär zur künstlerischen Gestaltung frei zu geben oder sie alternativ zumindest mit Efeu oder ähnlichen Pflanzen zu begrünen?

Wie bewertet die Verwaltung die Situation?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.5.1 Antwort auf die Anfrage des AM Monika Schedel (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Bauzaun am Domkirchhof Vorlage: VO/2019/07955-01

AM Schedel kommentiert die Bearbeitungszeit der Beantwortung ihrer Anfrage. Sie arbeite noch eine Reaktion zu dieser Antwort aus.

AV Stolzenberg kommentiert die Länge der Antwort und fragt Fr. Dr. Hunecke, welche Einflussmöglichkeiten die Denkmalschutzbehörde auf die Gestaltung der Umgebung des Bauzauns am Domkirchhof habe.

Fr. Dr. Hunecke antwortet, dass diese Frage den Bereich Stadtplanung betreffe. Wenn eine wesentliche Beeinträchtigung der Umgebung eines Kulturdenkmals vorliege, dann sei der

Denkmalschutz zu beteiligen. Im vorliegenden Fall gehe es um einen Bestandschutz, es gebe hiernach keinen Anlass sich mit dem Bauzaun zu beschäftigen.

AM H. Wegner weist darauf hin, dass noch eine Beantwortung seiner Anfrage zur Veröffentlichung des Berichts „30 Jahre UNESCO Welterbe – Situation der Archäologie und Denkmalpflege in der Hansestadt Lübeck“ (VO/2020/09078) ausstehe.

Der AV Stolzenberg erklärt, dass dieser Hinweis zu Protokoll gegeben werde.

Beschluss:

Seit mehreren Jahren grenzt eine hässliche rotbraune Blechwand das Grundstück des Marienkrankenhauses von der Grünfläche nördlich des Doms ab. Es handelt sich um die Straße Domkirchhof auf dem Abschnitt zwischen Parade und Fegefeuer. Diese Situation neben dem Dom ist schwer erträglich. Zumal dort seit einiger Zeit Schmierereien hinterlassen werden. Dies bezüglich bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Schritte sind nötig, um diese Flächen regulär zur künstlerischen Gestaltung frei zu geben oder sie alternativ zumindest mit Efeu oder ähnlichen Pflanzen zu begrünen?
2. Wie bewertet die Verwaltung die Situation?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

zu 4.1 Bericht zum kommunalen Sonderhilfeprogramm "Strukturerhalt Kultur"

Hr. Uhlig gibt im Folgenden einen Rückblick auf die erste Förderphase „Strukturerhalt Kultur“, Fr. Jakubczyk berichtet zum Stand der Planungen für eine zweite Förderphase.

Hr. Uhlig teilt mit, dass die im Zuge der ersten Förderphase eingereichten Anträge der Bereich Haushalt und Steuerung gemeinsam mit dem Kulturbüro gemäß dem beschlossenen Konzept abgearbeitet habe. Rund 550.000 Euro konnten nach Bearbeitung und Ausstellung der Bescheide an die Antragstellenden ausgeschüttet werden. Daraufhin habe ein Gesprächstermin mit einigen freien Lübecker Theatern, die auch Antragstellende waren, am 21.10.2020 stattgefunden, um weitere Transparenz hinsichtlich Förderzeitraum und Berechnungsmethoden zu schaffen. Ziel des Konzepts von Förderphase I sei, dass Kultureinrichtungen und -vereine strukturell erhalten bleiben. Die Antragsbearbeitenden haben die mtl. laufenden Kosten bei der Berechnung berücksichtigt, sich diese belegen lassen und daraus einen mtl. Durchschnittsbetrag gewählt und diesen mal sechs multipliziert. Anzurechnen waren hierbei Corona bedingte Hilfen von Bund und Land. Im o. g. Gespräch sei u. a. erläutert

und ausgetauscht worden, dass in einer nächsten Förderphase Inhalt und Berechnungsweg klarer kommuniziert werden sollen.

Fr. Jakubczyk ergänzt, dass die Notlage der Einrichtungen und Vereine weiterhin anhalte. Für eine nächste Förderperiode solle den Antragstellenden eine längere Einreichungsfrist gewährt werden, bspw. von Anfang Januar bis Mitte Februar 2021. Sie schlage einen Berechnungszeitraum von vier Monaten vor. Ein Beschluss werde für Dezember dieses Jahres angestrebt. Nach politischer Entscheidung können die Unterlagen online bereitgestellt werden. Spenden und Projektförderungen werden – wie auch in Förderphase I geschehen – nicht abgezogen. Eine wesentliche Neuerung zum ersten Konzept sei, dass eine monatliche Pauschale in Höhe von 2.500 Euro pro Einrichtung für eine künstlerische oder kaufmännische Leitung in hauptberuflicher Tätigkeit, die nicht sozialversicherungspflichtig festangestellt ist, bei der Berechnung des Zuschusses angesetzt werde. Die Leitung sei für die Aufrechterhaltung des Kulturbetriebs essentiell.

AV Stolzenberg fragt nach, wer einerseits zum Gespräch mit den freien Lübecker Theatern eingeladen und wer andererseits entschieden habe, dass auch der Vorsitzende des Hauptausschusses, Hr. Petereit, an diesem Gespräch teilnehmen solle.

AM Petereit meldet sich direkt zu Wort. Auch er habe Nachfragen zur Bearbeitung der Anträge von Akteuren der freien Lübecker Theater erhalten und daraufhin Hr. Uhlig kontaktiert. Er habe als Vorsitzender des Hauptausschusses und Vorsitzender des Finanzausschusses an diesem offenen und transparenten Gespräch teilgenommen. Die Teilnehmenden haben sich darauf geeinigt, dass spezifische Fragen hinsichtlich ihrer Anträge gerne in Einzelgesprächen erörtert werden.

AV Stolzenberg fragt, warum einige Antragstellende einen Zuschuss über 50.000 Euro erhalten haben.

Hr. Uhlig antwortet, dass klar nach Konzept gerechnet worden sei. Im Konzept stehe, dass eine Obergrenze von grundsätzlich bis zu 50.000 Euro gewährt werde. D.h., dass diese Grenze ggf. auch überschritten werden könne.

AM Grabitz richtet ihre Frage zur Pauschale für Mitarbeiter:innen im Rahmen einer zweiten Förderphase an Fr. Jakubczyk: Welche Bedingungen müsse eine Einrichtung erfüllen, um diese Pauschale zu erhalten.

Fr. Jakubczyk antwortet, dass sich die erwähnte Pauschale an der empfohlenen Honoraruntergrenze des Bundesverbands Freie Darstellende Künste orientiere und jeweils für eine künstlerische oder kaufmännische Leitung gelte.

AM Burakowski bedankt sich für den Bericht und fragt, ob ein Budget für Quartier- bzw. Stadteilhäuser geplant sei, da diese auch Treffpunkte von Künstler:innen zum gemeinsamen Austausch darstellen.

Fr. Jakubczyk antwortet, dass die kommunale freiwillige Unterstützungshilfe Kultureinrichtungen und -vereine erreiche.

Hr. Bgm. Lindenau ergänzt hierzu, dass die Aktivitäten der Possehl-Stiftung im Rahmen des „Kulturfunken“ Einzelkünstler:innen fördern, um Projekte zu initiieren. Er führt aus, dass sich die öffentliche Hand auf institutionelle Förderung beschränke.

AM Schedel richtet ihre Frage, wie viele Monate Lockdown wir uns noch erlauben können, an Hr. Uhlig.

Hr. Uhlig erklärt, dass, nachdem zuerst von März bis August 2020 gefördert worden sei, nun die vier weiteren Monate von September bis Dezember 2020 gefördert werden.

Hr. Bgm. Lindenau teilt hierzu mir, dass ausreichend Haushaltsmittel für diese Maßnahme vorhanden seien. Das Antragsverfahren sei so gestrickt, dass zunächst im Januar der Haushalt für 2021 genehmigt werden könne, so dass ab Februar 2021 Beträge aus dem Folgekonzept zur Auszahlung kommen können.

Im Folgenden entsteht eine lebhafte und intensiv geführte Diskussion zwischen AV Stolzenberg, Hr. Bgm. Lindenau und AM Petereit zum Thema „Hinterzimmerpolitik“ und zu den Aufgaben eines Vorsitzenden in seinem Fachausschuss. Im Zuge dessen beantragt AM Petereit die sofortige Beendigung der Debatte. AV Stolzenberg lässt darüber abstimmen:

Abstimmungsergebnis zur Beendigung der Debatte zu TOP 4.1	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	5
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Damit ist die Debatte beendet.

zu 4.2 20 Jahre "Haus der Kulturen" in Lübeck

Hr. Isözen berichtet, dass das Haus der Kulturen in Lübeck (HdK) als Verein nunmehr seit 20 Jahren bestehe und daher für Ende November dieses Jahres eine Jubiläumsfeier geplant gewesen sei. Corona bedingt seien die hierfür vorgesehenen Veranstaltungen nun auf das kommende Jahr verschoben worden. Das HdK sei eine Werkstatt für Kunst, Theater, Tanz, Musik, Literatur, Fotografie u.v.m. Es decke eine große Bandbreite an Partizipationsmöglichkeiten sowie sog. herkunftsorientierter Arbeit ab und sei ein Ort für alle in Lübeck lebenden Menschen und interkulturelle Begegnungsstätte. Auf Beschluss der Bürgerschaft werde die Arbeit des HdK seit Beginn der 1990er-Jahre institutionell von der Hansestadt Lübeck unterstützt. Es habe außerdem verschiedene Netzwerktreffen, wie den Arbeitskreis Interkulturelle Zusammenarbeit Lübeck, initiiert und arbeite regelmäßig mit anderen Kulturinstitutionen zusammen. Diverse Kursformate und Kulturprogramme gehören zum regelmäßigen Angebot dieses Hauses.

Hr. Jancen ergänzt den mdl. Bericht von Hr. Isözen um weitere Aspekte der Vereinsarbeit im HdK. Er selber sei in den letzten acht Jahren ehrenamtlich für das HdK tätig gewesen, seit Januar 2020 vertrete er ehrenamtlich den Verein auf Leitungsebene. Er engagiere sich im Bereich der Hilfe für Menschen mit Migrationserfahrung. Ziel des HdK sei immer, die gesamte Mehrheitsgesellschaft mitzudenken und zu bewegen. Neben der laufenden Projektarbeit gebe es auch ein festes Kultur- und Bildungsprogramm in Stadtteilen wie Buntekuh und Marli, in Form von Workshops, Netzwerkveranstaltungen, Ausstellungen etc. Verschiedene Veranstaltungsreihen, wie der Interkulturelle Sommer, Zeit des Erinnerns, die Internationalen Wochen gegen Rassismus, werden mit weiteren Partnern (bspw. Lübecker CSD e.V., Initiative Stolpersteine, Afrikanische Gemeinschaft zu Lübeck) veranstaltet. Darüber hinaus sei der Anspruch des HdK, sowohl niedrigschwellige als auch fachliche Zugänge zu unterschiedlichen Themen zu schaffen, wobei das Themenspektrum kontinuierlich erweitert und professionalisiert werde. Zurzeit erweise sich die Raumfrage als schwierig, da Begegnungen aktuell nur sehr eingeschränkt möglich seien. Das ehrenamtliche Team werde derzeit durch zwei FSJler:innen im Bereich Kultur und Digitalisierung/Social Media verstärkt. Der Fokus liege gegenwärtig auf Digitalisierung und Rassismusprävention. Daher sei für den 23.11. eine online-Dialogveranstaltung für Bürger:innen geplant zum Thema rassistische Diskriminierung als strukturelles Problem und die Rolle der Städte und Kommunen im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Kulturentwicklungsleitlinien**
Vorlage: VO/2020/09394

Hr. Bgm. Lindenau leitet ein, dass diese Vorlage als Bestandsaufnahme einen guten Auftakt für zukünftige kulturpolitische Ziele und damit zeitgemäße Kulturarbeit darstelle. Es biete außerdem einen Überblick über aktuelle wirtschaftliche, touristische und darüber hinausgehende Initiativen. Diese kulturpolitischen Leitlinien seien als Einstieg in weitere organisierte Entwicklungen, die unterschiedliche Lübecker Akteure einbinde, zu lesen. Für eine ganzheitliche Weiterentwicklung der Lübecker Kulturlandschaft sei u. a. eine projektorientierte, dritt-mittelfinanzierte Zusammenarbeit geplant.

Fr. Jakubczyk führt aus, dass diese Vorlage auch verschiedene, seit 2017 stattgefundene Beteiligungsformate gebündelt darstelle und einzelne Pläne und Etappenziele beinhalte. Es handle sich um ein gutes Gerüst, das auch der designierten Kultursenatorin eine gute Übersicht biete über die hiesigen Kulturakteure sowie Themen, die die Kultur in ihrer Gänze betreffen. Diese Leitlinien sollen gemeinsam mit Verwaltung und Trägern der freien Szene umgesetzt werden. Ziel sei es auch, unbürokratische Wege einzuschlagen sowie besser abgestimmt und zielgerichtet gemeinsam mit Akteuren und Einrichtungen die lokale Kulturlandschaft voranzubringen.

AM Dr. Junghans lobt den Einstieg in die Kulturentwicklungsplanung. Er bitte jedoch um Vertagung diese TOPs, weil eine intensive Beratung hierüber in der CDU-Fraktion noch ausstehe. Außerdem müsse der neugewählten Kultursenatorin die Möglichkeit gegeben werden, sowohl daran als auch an der Weiterentwicklung mitzuwirken. Er vermisse in diesem Papier eine klarere Aussage zur Wiedererrichtung eines Archäologischen Museums. Außerdem solle im Falle einer Überarbeitung der Leitlinien jede Form von Extremismus berücksichtigt werden. Er empfehle, dass diese Leitlinien alle fünf Jahre fortgeschrieben werden. Bei einer Fortschreibung sei es wünschenswert, traditionell nach Bereichen zu gliedern (Allg. Kulturförderung, Archiv, Bibliothek, Museen etc.) und innerhalb der Bereiche in Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen zu untergliedern. Die Kulturentwicklungsleitlinien sollen als zentrales Steuerungsinstrument weiter entwickelt werden.

Hr. Böhm regt eine Vertagung dieses TOPs an. V. a. der Aspekt Teilhabe, unter Kap. 3.2 der Leitlinien, sei wichtig. Daher sollen auch Senior:innen in diesem Papier berücksichtigt werden. Außerdem sollen Handlungsempfehlungen deutlicher formuliert werden. Er kommentiert die gendergerechten Formulierungen in der vorliegenden Fassung der Leitlinien, die nicht immer einheitlich seien.

AM Schedel dankt den Verfasserinnen dieser Leitlinien. Sie plädiere für eine Vertagung, da die Vorbereitungszeit nicht ausgereicht habe, um diese Vorlage intensiv zu studieren. Sie weise aber darauf hin, dass bei der Auflistung der städtischen Kultureinrichtungen die Abt. Denkmalpflege fehle, befürworte jedoch die Idee, eine Testphase von drei Jahren durchzuführen. Abschließend sei ihrer Ansicht nach nicht hinreichend beantwortet worden, wie die kulturelle Beziehung zwischen Altstadt und angrenzenden Stadtteilen sei.

Hr. Bgm. Lindenau merkt an, dass der neuen Kultursenatorin dieses Papier bereits vorliege. Diese Leitlinie stelle eine gute Grundlage dar, um inhaltlich in die praktische Arbeit überzugehen. Bewusst sei kein Kulturentwicklungskonzept entwickelt worden. Wichtig sei, dass der vorliegende Konzeptrahmen die lokale Kultur in ihrem Handeln nicht einenge. Es solle ge-

währleistet werden, dass Kultur ohne Einschränkungen unabhängig agieren könne, um wichtige Impulse und Innovationen zu bieten. Das Kulturtreibhaus könne in seiner Funktion Anlaufstellen benennen, wenn es Unterstützung braucht, damit Kreativität und Kultur sich frei entfalten können. Ein fester Rahmen sei jedoch bei institutionellen Einrichtungen notwendig. Zur Teilhabe von Senior:innen entgegnet Hr. Bgm. Lindenau, dass Teilhabe nicht Frage des Lebensalters, sondern der finanziellen Möglichkeiten jedes Einzelnen sei. Es gehe vielmehr darum, wie chancengerechte kulturelle Teilhabe in der Breite der Gesellschaft verankert werden könne, gemäß des Credo „Kultur für alle“.

AV Stolzenberg schließe sich dem Lob seiner Vorredner:innen an. Er äußert, dass die Beteiligung von Jugendlichen für solche größeren Entwicklungen essentiell sei. Er fragt, ob es inhaltliche Abstimmungen mit Kulturakteur:innen vorab gegeben habe.

Fr. Jakubczyk verweist auf die Beteiligungsformate, die zuvor mit Lübecker Kulturakteur:innen stattgefunden haben. Innerhalb eines Beratungskreises seien die Überlegungen professionell gespiegelt worden.

AV Stolzenberg lässt über den Vertagungsantrag abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die Vertagung.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft beschließt die Leitlinien zur Kulturentwicklung (Seite 32 – 34) als Handlungs- und Entscheidungsgrundlage für die kulturelle Entwicklung in der Hansestadt Lübeck.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, ein Konzept für die dreijährige Testphase „Zukunftslabor Kulturtreibhaus“ mit den in diesem Bericht genannten Aufgaben und Zuständigkeiten (Seite 36 – 40) zu erarbeiten und Drittmittel für die Umsetzung einzuwerben.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Konzept "Wege von Verfolgung und Widerstand in Lübeck" Ergänzungsantrag zu "Gedenkort Gestapozellen im Zeughaus" VO/2019/07965 und VO/2019/07965-01
Vorlage: 2019/07965-01-01**

Hr. Dr. Lokers erläutert die Frage, wo Lübeck aktuell in der Erinnerungskultur und diesbezüglich im Vgl. zu anderen Städten stehe. Dies betreffe nicht nur die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus, sondern auch an die jüngere, deutsch-deutsche Teilungsgeschichte. Lübeck komme eine besondere Bedeutung in der deutschen Erinnerungslandschaft zu: u. a. Lübeck als „hotspot“ im Kalten Krieg und regionale NS-Terrorzentrale sowie einzigartiger Fall der Ermordung von vier Geistlichen in Lübeck. Der vorliegende Bericht gebe eine Übersicht über lokale Gedenkort, -anlässe und -akteure hinsichtlich Erinnerungskultur, beanspruche dabei aber keine lückenlose Vollständigkeit für sich.

Es fehle in Lübeck eine inhaltlich tiefergehende Fundierung und ein Konzept für didaktische Erinnerungsarbeit. Die hiesige Erinnerungskultur sei stark zerklüftet, wenig zielgruppenbezogen, aber viel anlassbezogen. Ziel sei es, angesichts radikaler gesellschaftlicher Zeitströ-

mungen, wie Rassismus, Antisemitismus und sog. Fake News, ein „doppeltes Gedenken“ zu etablieren, also gegenwartsbezogene und zukunftsorientierte Gedenkarbeit. Diese Vorlage beinhalte Vorüberlegungen für ein fundiertes Konzept, womit ein guter Weg eingeleitet sei, um eine Studie zur Erinnerungskultur mit digitalen Konzepten gemeinsam mit dem ZKFL zu erarbeiten. Die Finanzierung dieses Vorhabens sei weitestgehend gesichert. Hr. Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet, Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, habe finanzielle und personelle Unterstützung zugesagt.

AM Petereit bedankt sich für die Ausführungen und den Bericht. Er halte den Beschlussvorschlag für wichtig und richtig, um vertiefend in die Projektarbeit einsteigen zu können.

Hr. Prof. Dr. Borck, Sprecher des ZKFL stellt Vorhaben und Hintergrund für ein Entwicklungskonzept für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Erinnerungskultur in Lübeck vor. Derzeit vollziehe sich ein generationeller Umbruch: Die bisherige Erinnerungsarbeit an die Zeit des Nationalsozialismus über Zeitzeug:innen stehe vor einem Wendepunkt, da die Zeitzeugenschaft der NS-Zeit im Verschwinden sei. Daher müsse ein neues und zukunftsweisendes Vermittlungskonzept erarbeitet werden. Historisches Lernen und politische Bildungsarbeit werde bereits dezentral über verschiedene Einrichtungen und Initiativen in Lübeck geleistet, aber nicht zentral zusammengeführt. Das ZKFL werde das Projekt koordinierend begleiten, als sog. Scharnierstelle zwischen Universität und Verwaltung tätig sein sowie kulturwissenschaftliche und historische Fragestellungen einbringen.

AM Schedel bedankt sich bei Hr. Dr. Lokers und Hr. Prof. Dr. Borck für ihre Beiträge. In diesem Zusammenhang verweist sie auf den Umgang mit dem früheren Finanzsenator Georg Kalkbrenner (1875–1956), der trotz seines politischen Handelns weiterhin als Ehrenbürger geführt werde. Darüber hinaus gebe es im Stadtteil St. Jürgen ebenso noch die Kalkbrennerstraße. Beides solle ihrer Meinung nach entfernt werden.

AV Stolzenberg macht auf die heutige, landesweite „Nie wieder“-Aktion mit Reinigung der Stolpersteine als symbolischer Akt gegen das Vergessen und für das Erinnern aufmerksam, an der sich Lübecker Politiker:innen und Wählervereinigungen beteiligen.

Der Sitzung sind eine ausführlichere „Projektskizze“ vom ZKFL und ein „Statement“ der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten als Anlage angefügt.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, das Konzept „Wege von Verfolgung und Widerstand in Lübeck“ zu erstellen.
2. Der Hauptausschuss stimmt der Erstellung des Konzeptes durch das Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck (ZKFL) in Höhe von 40.000,- EUR zu, wenn die Gesamtfinanzierung sichergestellt ist. Entsprechende Fördermittel sind vorab bei den Lübecker Stiftungen zu beantragen.

Der Eigenanteil der Hansestadt Lübeck beträgt 10.000,- EUR und wird zunächst aus dem laufenden Haushaltsansatz 2021 - Produktsachkonto 111025 000. 5431007 Archiv, Sachverständigen-, Gerichts- u.ä. Kosten - finanziert.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Annahme einer Zuwendung der Possehl-Stiftung in Höhe von 350.000 Euro für das Jahresprogramm 2021 der LÜBECKER MUSEEN
Vorlage: VO/2020/09439**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die von der Possehl-Stiftung angebotene Zuwendung in Höhe von 350.000 Euro für die Realisierung des Jahresprogramms 2021 der LÜBECKER MUSEEN wird angenommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 5.4 Stellungnahme der Hansestadt Lübeck zur Modernisierung des Hubbrückenensembles
Vorlage: VO/2020/09391**

Die Beratung der Vorlage, siehe TOP 1, erfolgt in der kommenden Sitzung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, gegenüber der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung die von dort empfohlene Instandsetzungsvariante 3 mit der reinen Wiederherstellungsmaßnahme der Hubbrücken im vorhandenen Zustand, ohne eine Aktivierung der Eisenbahnhubbrücke, zu fordern.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 6 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 6.1 Dringlichkeitsantrag AM Robin Burkard: Forderung nach Hilfen der Veranstal-

Da AM Burkard zu Beginn der Beratung des TOP 6.1 abwesend ist, wird der TOP 7 vorgezogen und TOP 6.1 daran anschließend unter TOP 7 erörtert, sobald AM Burkard wieder anwesend ist.

AM Burkard erläutert seinen Antrag zur Unterstützungshilfe der Lübecker Veranstaltungsbranche und teilt mit, dass Bündnis 90 / Die Grünen, die Unabhängigen und GAL seine Forderung unterstützen. Lübecker Diskotheken, wie das „Hüx“ und „Sounds“, können ihren Betrieb nicht mehr lange aufrechterhalten. Ebenso seien Lübecker Kneipen wie „Blauer Engel“ und „Rider's“ von der Existenz bedroht. Seine Forderung sei, diese Betriebe der Veranstaltungswirtschaft in den Kreis der Antragsberechtigten für den kommunalen „Kulturrettungsfond“ aufzunehmen.

Hr. Bgm. Lindenau könne die Initiative von AM Burkard nachvollziehen, auch die Veranstaltungsbranche finanziell zu unterstützen. Es sei jedoch für die Kommune nicht zulässig, privatwirtschaftliche Betriebe finanziell zu unterstützen. Dies sei nur dem Bund und Land möglich.

AM Grabitz hebt die wirtschaftliche Wichtigkeit der Kulturstätten hervor und regt an, einen Weg zu finden, um Veranstaltungen wie Konzerte zu fördern. Es solle darüber nachgedacht werden, ob im Rahmen des „Kulturrettungsfonds“ hierfür ein Zuschuss möglich sei.

AM Petereit betont, dass die Unterstützung von privatwirtschaftlichen Betrieben auf Bundes- und Landesebene erfolge. Die Erweiterung des kommunalen Förderprogramms um den privatwirtschaftlichen Bereich sei nicht zulässig.

AV Stolzenberg plädiere für kreative Wege, um zu einer Lösung zu kommen. Er fragt, wie es mit Schaustellern aussehe, die auch Kulturanbieter seien.

Hr. Bgm. Lindenau antwortet, dass Gebühren und Entgelte bei Schaustellern erlassen werden können. In der Vergangenheit habe die Kommune den Lübecker Volksfestzug unterstützt, da es von einem Verein initiiert werde. Er stellt noch einmal klar, dass nicht das Landprogramm, sondern die Segelveranstaltung als gemeinnütziger Teil der Travemünder Woche unterstützt worden sei.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen. Der Ausschuss stimmt mehrheitlich gegen diesen Antrag.

Beschluss:

Die Veranstaltungsbetriebe in Lübeck werden in den Kulturrettungsfond, in Form des Soforthilfeprogramms der Hansestadt Lübeck, verabschiedet am 30. Juli, gestartet am 01. August 2020, mit aufgenommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2 Dringlichkeitsantrag AM Robin Burkard (DIE LINKE): Interkulturelle Ausstellungen und Projekte fördern
Vorlage: VO/2020/09457

Keine Dringlichkeit erhalten. Die Beratung des Antrags, siehe TOP 1, erfolgt in der kommenden Sitzung.

Beschluss:

Die Lübecker Museen fixieren 10% ihres Projekt- und Ausstellungsbudgets für Ausstellungen mit interkulturellem Hintergrund oder Projekte mit diesem Profil, die interkulturelle Erfahrbarkeit und damit Lern- und Kommunikationsprozesse zwischen Angehörigen unterschiedlichen kulturellen Hintergrund ermöglichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 6.3 Dringlichkeitsantrag AM Robin Burkard (DIE LINKE): Förderkonzept der Hansestadt Lübeck für die Kulturtafel und ihre Arbeit
Vorlage: VO/2020/09471

Keine Dringlichkeit erhalten. Die Beratung des Antrags, siehe TOP 1, erfolgt in der kommenden Sitzung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird zur Erarbeitung eines kontinuierlichen Unterstützungsplans, in struktureller wie finanzieller Hinsicht, für die Kulturtafel aufgefordert. Dieser beinhaltet auch die Beteiligung der Lübecker Museen mit einem in Absprache zu bestimmenden Kontingent an Eintritts- und Veranstaltungskarten, das der Kulturtafel monatlich zur Verfügung gestellt wird.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 7 Verschiedenes

Wegen kurzer Abwesenheit des AM Burkard wird TOP 7 unter TOP 6.1 vorgezogen.

AM Schedel erinnert daran, dass in diesem Herbst die Lübecker Künstler Gerhard Backschat und Erich Lethgau verstorben seien.

AM Grabitz weist darauf hin, dass die Nordischen Filmtage Lübeck (NFL) um drei Tage bis Mittwochnacht verlängert worden seien. Sie würdigt den großen logistischen Aufwand, den das Team der Nordischen Filmtage in wenigen Tagen geleistet habe, damit dieses Filmfestival virtuell erlebbar ist und Filme gestreamt werden können.

AV Stolzenberg merkt an, dass auch die diesjährigen NFL wieder ein großer Erfolg seien. Er bittet die Verwaltung um eine kurze Zusammenfassung der NFL 2020.

Hr. Bgm. Lindenau antwortet, dass die Leistung des Festivalteams aller Ehren wert sei. Er könne jedoch aktuell keine abschließende Bilanz ziehen, da die NFL noch bis Mittwoch stattfinden. Die diesjährige digitale Ausgabe dieses Festivals habe ein breiteres Publikum erreicht als eine Präsenzveranstaltung. Jedoch sei die alleinige online-Version der NFL kein Modell für die Zukunft, denn der eigentliche Reiz eines solchen Festivals sei, in die Kinos zu gehen, sich auf internationaler Ebene auszutauschen und zu diskutieren. Es könne darüber nachgedacht werden, welche online-Formate zukünftig tatsächlich sinnvoll seien. Hierzu bedarf es aber einer Auswertung. Er würdigt die Verdienste der bisherigen künstlerischen Leiterin, Linde Fröhlich, für das Festival sowie die Hansestadt und freue sich, dass sie weiterhin dem Festival treu bleiben werde. Der neue künstlerische Leiter, Thomas Hailer, gebe den Filmtagen sicherlich neue wichtige Impulse und Überlegungen, wie zukünftig Stabilität in dieser Branche gewährleistet werden könne.

AV Stolzenberg fragt, ob es hinsichtlich der Ausschusssitzung im Dezember ein Votum von Seiten des Ausschusses gebe.

AM Petereit schlägt vor, dass die Notwendigkeit einer Sitzung von der Tagesordnung abhängig sei und der Ausschuss über die Notwendigkeit einer Sitzung entscheiden solle. Er bitte darum, dass aktuell von langen, nicht zwingen relevanten Berichten abgesehen werde solle.

AM Burkard bittet um eine Auskunft zum Verbleib seines Antrags zum Umbau Hafenschuppen 6 (VO/2020/08799).

AV Stolzenberg antwortet, dass der Antrag schriftlich zu einer der nächsten Sitzungen beantwortet werde.

zu 8 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:44 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 18:45 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 10 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:46 Uhr und teilt mit, dass der Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst habe. Es wurde lediglich der nichtöffentliche Teil der Niederschrift zur Sitzung vom 14.09.2020 in der vorgelegten Fassung festgestellt.

Der Ausschussvorsitzend schließt die Sitzung um 18:47 Uhr.

Lübeck, den 11. Mai 2021

Detlev Stolzenberg
Vorsitzende/r

Sophia Trier
Protokollführung